

Der Vollzugsdienst

2/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zankapfel und Dauerbrenner:
Problematik des
Länderfinanzausgleichs**

Bayern und Hessen rufen das
Bundesverfassungsgericht an

Seite 13

**Berlin will das
Tarifergebnis nicht auf die
Beamten übertragen**

Heftige Kritik an der Totalver-
weigerung des Senates

Seite 25

**Frauen im Justizvollzug (JVA Halle):
„Wir stehen unseren Mann!“
Frauenanteil liegt bei 30 Prozent**

Weibliche Bedienstete im Männer-
vollzug sind heutzutage Normalität

Seite 76

**Der BSBD – immer am Ball –
hoch engagiert und gut sichtbar**



Hamburg Seite 34



Saarland Seite 68



Schleswig-Holstein Seite 79

Fachteil: Urlaubsabgeltung für Beamte

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 „Das Maß ist voll!“
BSBD-Interview mit dem
BSJ-Ehrenvorsitzenden
Helmut Bettscheider
- 4 Petra Gerken-Wolf: „Das lange
Warten hat sich gelohnt!“
- 5 Immer mehr Frauen entdecken
dbb Gewerkschaften für sich

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 51 Nordrhein-Westfalen
- 65 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein

FACHTEIL

- 83 Entscheidung des
Bundesverwaltungsgerichts
zur Urlaubsabgeltung
für Beamte
- 89 Versorgung nach Teilzeit und
Beurlaubung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Besoldungsrunde 2013:

DBB NRW verspricht der Landesregierung einen „heißen Sommer!“

Eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung wird von der Landesregierung verweigert

Der Vertrauensbruch der Landesregierung bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich schreit nach Einschätzung der DBB-Mitgliedsgewerkschaften geradezu nach Konfrontation. Jetzt sind alle Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, solidarisch zusammenzustehen und Flagge zu zeigen, weil es gilt, den Anfängen zu wehren. Wenn eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung nach Auffassung der Landesregierung bei Steuereinnahmen auf Rekordniveau nicht einmal erfolgen kann, was haben die Kolleginnen und Kollegen dann erst in der Zukunft zu erwarten, wenn die Steuereinnahmen nicht mehr so kräftig sprudeln? Und dies gilt für alle Kolleginnen und Kollegen, egal ob sie von der Besoldungsanpassung profitieren werden oder nicht.

Die **DBB-Mitgliedsgewerkschaften** haben am 22. März 2013 getagt, die Situation analysiert und sich vehement dafür ausgesprochen der **Regierung Kraft** einen heißen Sommer zu bereiten. Man verständigte sich auf ein abgestimmtes Vorgehen und beschloss zunächst folgende Maßnahmen:

- Nach der am 7. April 2013 endenden Osterpause des Parlaments sind alle Mitglieder aufgerufen verstärkt „Wut-Schreiben“ an Ministerpräsidentin, stellv. Ministerpräsidentin, Finanzminister, Abgeordnete von **SPD** und **Grünen** zu richten. Bereits jetzt sind tausende solcher Schreiben eingegangen. Wir wollen uns allerdings weiter zu Wort melden.
- **DBB** und Mitgliedsgewerkschaften werden selbstverständlich alle rechtlichen Möglichkeiten aufgreifen, um gegen ein Besoldungsgesetz – wie es bislang angekündigt worden ist – zu klagen.
- Mit einer Strategie der „Nadelstiche“ will der **BSBD** auch die Öffentlichkeit auf den eklatanten Wortbruch der Landesregierung aufmerksam machen.
- An einem Sitzungstag des Landtags plant der **DBB** eine Großdemonstration in Düsseldorf zusammen mit dem **DGB** und dem **Deutschen Richterbund**. Hier werden wir der Landesre-

gierung durch schiere Menge verdeutlichen müssen, dass ihr Wortbruch Folgen haben wird.

- Großplakatierungen sollen in der Nähe der Regierungszentrale und des Landtags aufgestellt werden, damit die Verantwortlichen ihren Wortbruch gegenüber den Beamten tagtäglich vor Augen haben.
- Für den 22. April 2013 plant der **DBB** eine „Begrüßung der Ministerpräsidentin“ anlässlich eines Arbeitnehmerempfangs in Hamm mit Erinnerungswert. In diesem Stil werden sich Demonstrationen, Proteste und konzertierte Aktionen über den ganzen Sommer erstrecken.

Beamte wollen nicht erneut die „Dummen“ sein

Warum ist ein solcher Aktionismus erforderlich? Nachdem bekannt geworden war, dass seitens der Landesregierung einem Teil der Beamten die Teilhabe an der allgemeinen Entwicklung verweigert

Hier die Kontaktdaten:

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Staatskanzlei des Landes NRW
40190 Düsseldorf
E-Mail: hannelore.kraft@stk.nrw.de
Telefon: 0211/837-01
Telefax: 0211/837-1150
E-Mail: poststelle@stk.nrw.de

Schulministerin Sylvia Löhrmann
Ministerium für Schule
und Weiterbildung des Landes NRW
40190 Düsseldorf
Telefon: (0211) 5867-40
Fax: (0211) 5867-4555 und -3220
E-Mail: poststelle@msw.nrw.de

Finanzminister Dr. N. Walter-Borjans
Finanzministerium des Landes NRW
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
E-Mail: norbert.walter-borjans@fm.nrw.de
Telefon: 0211 / 4972-0
Fax: 0211 / 4972-2750
E-Mail: poststelle@fm.nrw.de

werden sollte, wandte sich die Ministerpräsidentin direkt mit einem Brief an die Betroffenen und erklärte: „Eine volle Übertragung des Tarifergebnisses hätte zu Mehrausgaben von insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro geführt. Mit der jetzt von uns vorgeschlagenen Lösung fallen die Mehrausgaben um 710 Millionen Euro geringer aus.“

Die Alternative wäre gewesen, 14.300 Stellen abzubauen.“

Eine 1:1-Übertragung, so die Regierungschefin, sei nicht zu finanzieren. Diese Entscheidung sei der **rot-grünen Landesregierung** „schwer gefal-

len“, aber man müsse die Schuldenbremse ab 2020 beachten. „Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben des Landeshaushalts ist mit 43,5 Prozent so groß, dass er von weiteren Konsolidierungsbemühungen nicht ausgenommen werden kann“, betonten **Kraft, Löhrmann** und **Walter-Borjans**, die den Brief unterzeichnet hatten.

Nach Ansicht der Medien ist der **DBB** der derzeit schärfste Kritiker der Landesregierung. Immerhin 230.000 Beamte sind stinksauer und sehen sich um ihre gerechte Besoldung betrogen!

Mit harschen Worten wandte sich der **DBB** an die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, **Hannelore Kraft**, und protestierte vehement gegen das Vorhaben der Landesregierung: „Wenn Sie bei Ihrer Entscheidung bleiben, werden rund **230.000 Beamtinnen und Beamten** im elften Jahr in Folge reale Einkommensverluste zugemutet.“

Noch im Dezember 2011 hatte **Kraft** dem **DBB** schriftlich ihr Wort geben: „Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft plant.“ Finanzminister **Walter-Borjans** ergänzte seinerseits: „Sie wissen, dass die Landesregie-



Hannelore Kraft (SPD), Sylvia Löhrmann (Bündnis90/Die Grünen) und Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) haben den Versuch unternommen, den Beamten ihren „Wortbruch“ in einem Schreiben zu erklären. Verständnis dürfen sie allerdings nicht erwarten.



rung mehrfach verkündet hat, Beamte“ ... „zukünftig nicht weiter von der Lohnentwicklung abzukoppeln.“ Beide wollen sich jetzt nur noch ungern an diese Zusage erinnern lassen, müssen aber damit leben, dass ihr Wortbruch auch als solcher empfunden und benannt wird. Für rund 80 Prozent der Beamten in NRW bedeutet dies eine erneute Nullrunde, die zu einem erneuten Reallohnverzicht führt.

Hat die Regierung Kraft Probleme mit den Finanzen?

Die Tageszeitung „Die Welt“ sieht in dem Konflikt mit den Beamten einen weiteren Beleg für die inkonsistente Haushaltspolitik der **Regierung Kraft**. Von Kritikern wird der Umgang mit den Landesfinanzen als größter politischer Schwachpunkt der **rot-grünen Landesregierung** angesehen. Vor dem jetzt mit den Beamten vom Zaum gebrochenen Konflikt musste die Landesregierung im März bereits die dritte große Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht in Münster hinnehmen.

Die Verfassungsrichter beanstandeten eine überhöhte Kreditaufnahme im Haushaltsentwurf 2011, werteten dies als verfassungsrechtlich unzulässig und entsprachen damit einer Klage der **CDU-Landtagsfraktion**. Die Landesregierung konnte nicht seriös nachweisen, dass eine konjunkturelle Krisensituation vorlag. Mit ähnlich zweifelhafter Argumentation war **Rot-Grün** bereits zuvor bei den Verfassungsrichtern gescheitert. Die außerordentlich hohe Neuverschuldung im Nachtragshaushalt 2010 hatte die Regierung ebenfalls nicht zu erklären vermocht.

DBB-Chef Meinolf Guntermann kritisierte, dass die Entscheidung der Landesregierung, von einer 1:1-Übertragung

des Tarifergebnisses abzusehen, nichts weiter als eine stille, aber stetige Enteignung der NRW-Beamten sei. Deshalb treffe die Darstellung der Ministerpräsidentin nicht zu, dass „keiner weniger erhalte“. „Null-Runden sind nach wirtschaftlicher und realer Betrachtung Minus-Runden!“ sagte **Guntermann** und kündigte Protestveranstaltungen an. Gemeinsam mit **DGB** und **Deutschem Richterbund** wird der **nordrhein-westfälische Beamtenbund** die Protestveranstaltungen koordinieren. „Auch rechtliche Schritte sind natürlich nicht ausgeschlossen“, so **Guntermann** in Düsseldorf.

Für den **BSBD** erklärte dessen Vorsitzender **Peter Brock**, dass die Kolleginnen und Kollegen wegen des Versprechens

der Landesregierung, künftige Tarifabschlüsse auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen zu wollen, mit einem langsamen Schließen der Gerechtigkeitslücke zwischen abhängig und selbständig Beschäftigten gerechnet hätten. Dass jetzt eine **rot-grüne Landesregierung** das Problem nochmals verschärfe und ihre politische Glaubwürdigkeit riskiere, schlage dem Fass den Boden aus. „Am **22. September 2013** werden auch die Beamten- und Versorgungsempfänger an die Wahlurnen treten und sich bestimmt daran erinnern, wie sie von dieser Landesregierung behandelt werden!“, erklärte der **BSBD**-Chef.

Hannelore Kraft hat sich das Sparen selbst schwer gemacht!

Die Ministerpräsidentin hat sich offensichtlich selbst in eine Sackgasse manövriert. Einerseits spart ihre Regierung nicht genug, so dass die auf 143 Milliarden Euro angewachsenen Schulden trotz Rekord-Steuereinnahmen weiter steigen und 2016 vermutlich 145 Milliarden

Euro erreichen. Vor vier Jahrzehnten beliefen sich die Verbindlichkeiten nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes auf 4,4 Milliarden Euro. Andererseits hat Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** seit ihrem Amtsantritt 2010 große Erwartungen geweckt. Selbst geringe Sparbemühungen können leicht als „Vertragsbruch“ empfunden werden und große Teile der Wählerschaft zur politischen Wanderung veranlassen. Noch in ihrer ersten Regierungserklärung

hatte die Regierungschefin die **Vorgängerregierung** für eine „Politik des Rotstiftes“ mit Personal- und Leistungsabbau

Information

Tarifbeschäftigte in NRW:

Ab 1. Januar 2013: 2,65 Prozent, ab 1. Januar 2014 weitere 2,95 Prozent lineare Anhebung des Einkommens.

Beamte in NRW (Absicht der Landesregierung):

Bis zur Besoldungsgruppe A 10 Übertragung des o. g. Tarifergebnisses. Für die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 jeweils ein Prozent für 2013 und 2014. Alle anderen Beamtinnen und Beamten soll eine weitere Nullrunde zugemutet werden.



In letzter Zeit kann Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) nur noch selten strahlen. Als verlässliche Politikerin gestartet, droht sie nunmehr ihr wichtigstes politisches Kapital zu verspielen: Ihre Glaubwürdigkeit.

kritisiert. Dies treibe langfristig nur die sozialen Kosten in die Höhe.

Es sind bereits haufenweise „Wut-Briefe“ eingegangen

Die **DBB**-Aktion ist angelaufen. Inzwischen ist eine vierstellige Zahl von „Wut-Briefen“ eingetroffen. Die gewählten Formulierungen der Absender lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. So kündigen die enttäuschten Kollegen etwa an, „weder bei der Bundestags-, Kommunal- noch der nächsten Landtagswahl“ mehr **Rot-Grün** wählen zu wollen. Oder: „Die große Mehrheit des öffentlichen Dienstes wird Sie und die anderen politisch Verantwortlichen in ‚die Wüste‘ schicken.“

Ein anderer Kollege schreibt: „Mit Ihrer Entscheidung der ‚Gleichbehandlung im Unrecht‘ haben Sie meiner 3-köpfigen Familie die Entscheidung für die nächsten Wahlen dauerhaft abgenommen.“ Ein Schreiber setzt sich mit der kommenden Bundestagswahl auseinander



Nach holprigem Start droht dem Bundestagswahlkampf von Peer Steinbrück (SPD) jetzt Gefahr aus Nordrhein-Westfalen. Die Beamten sind „auf der Palme“.



Um berechnete Ansprüche realisieren zu können, dürfte auch in diesem Fall Präsenz auf der Straße erforderlich sein.

und schreibt: „Sehr geehrte Frau **Kraft**, Sie haben sich, Herrn **Steinbrück** und der **SPD** mit dieser Entscheidung keinen Gefallen getan. Sie werden die Hauptverantwortung für die absehbare Niederlage bei der Bundestagswahl und der nächsten Landtagswahl übernehmen müssen. Denn eines sollten Sie merken: Beamte verzeihen, vergessen aber nicht!“

Strahlkraft der Ministerpräsidentin hat gelitten

Die Empörung der Beamten könnte ein leicht entzündliches Stimmungsgemisch heraufbeschwören, das dem ohnehin holprig angelaufenen Wahlkampf von **SPD**-Kanzlerkandidat **Steinbrück** zusätzlich

schaden könnte. Bislang galt **Hannelore Kraft** als sozialdemokratische Spitzenpolitikerin mit ungeheurer Strahlkraft. Jetzt werden erstmals Seiten sichtbar, die der großen Popularität der Regierungschefin erste Kratzer verpassen könnten.

Hannelore Kraft ist derzeit die beliebteste **SPD**-Spitzenpolitikerin in Deutschland. Sie pflegt ihr Image als „beherzentschlossene Landesmutter“ und hat sich eine hohe Anerkennung erarbeitet. Der Konflikt mit den Beamten wirft einen ersten Schatten auf ihre politische Arbeit.

Ersten Kritikern schwant, dass ihren Versprechungen vielleicht keine Taten folgen könnten. Bewahrheiten sich diese Befürchtungen, steht auch der **SPD** und ihrem **grünen** Koalitionspartner eine schwierige Zeit ins Haus.

„Auf ein Wort“ von Wilhelm Bokermann

Die zyprische Staatspleite und ihre Folgen!

Wird Deutschland zum Zahlmeister der Europäischen Union?



Der letzte „dicke Brocken“, nämlich die Rettung des bankrotten griechischen Staates, ist von der europäischen Staatengemeinschaft noch nicht einmal richtig verdaut, da melden bereits die nach Griechenland, Russland und Europa ausgerichteten Zyprioten ihre Zahlungsunfähigkeit an. Der wirtschaftlich angeschlagene Inselstaat, seit Jahren bekannt als ein Eldorado für steuerünstige und anonyme Geldanlagen aus manchmal durchaus fragwürdigen Quellen steht vor der Staatspleite. Insbesondere die beiden größten Banken des Landes ha-

ben sich infolge der Maßlosigkeit ihres Gewinnstrebens offenbar regelrecht „verzockt“. Die Regierung aber kann keine weiteren Garantien und Stützungszahlungen (Bail-out) mehr gewähren. Also wandte sich Nikosia hilfesuchend an die EU in Brüssel. Dort wurde das Volumen eines notwendigen Hilfskredits mit etwa 10 Mrd. Euro von den EU-Finanzministern festgeschrieben. Weitere 5,8 Mrd. Euro will die zypriotische Regierung durch eine „Zwangsabgabe auf Bankeinlagen“ – verharmlosend „Haircut“ genannt – erwirtschaften.

Zunächst sollten Bankguthaben ab 20.000 Euro mit 6,75 % und ab 100.000 Euro mit 9,9 % belastet werden. Auf Druck der zypriotischen Bürger wurde die Freigrenze auf 100.000 Euro angehoben. Die Hilfszahlung der **Europäischen Union (EU)** ist für Mai dieses Jahres geplant, vorausgesetzt, dass die nationalen

Parlamente der Geberländer – darunter der Deutsche Bundestag – einer solchen Maßnahme zustimmen. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass Zypern zur Abwendung der Staatspleite mehr Geld als angenommen benötigt. Laut „Agence France-Press“ (**AFP**) sind statt der rd. 17,5 Mrd. Euro nunmehr knapp 23 Mrd. Euro zur

Abwendung des Staatsbankrotts erforderlich. Und – so weiß die „Preußische Allgemeine Zeitung“ (**PAZ**) in ihrer Ausgabe vom 12.4.2013 zu berichten – mehrten sich die Anzeichen dafür, dass marode Banken künftig mit Kundeneinlagen saniert werden könnten. „Statt als Lösung für die Bankenkrise könnte sich das Vor-

haben schnell als Brandbeschleuniger entpuppen, der die Euro-Zone noch schneller zum Einsturz bringt“.

Was aber geschieht mit denen, die aus reiner Geldgier einen Staat „in die Knie zwingen“ und letztendlich für die Verarmung und Radikalisierung ganzer Bevölkerungsschichten verantwortlich zeichnen? Eine Antwort der Politik lässt sich bislang darauf nicht vernehmen. Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft ist die Politik mit der Festlegung der Rahmenbedingungen dieses Lebensbereiches deutlich ins Hintertreffen geraten. Besonders kleinere Länder glauben immer noch, mit günstigen Steuersätzen von den in großen Volkswirtschaften erzielten Gewinnen profitieren zu können. Dies muss mittelfristig beendet werden, weil sonst den Menschen, die diesen wirtschaftlichen Erfolg mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, eine auskömmliche Teilhabe am Erfolg verwehrt wird. Dies werden sich auch deutsche Arbeitnehmer nicht auf Dauer bieten lassen.

Und was sagen „Berlin“ und „Brüssel“ dazu?

Recht mutig erklärte Bundeskanzlerin **Angela Merkel** anlässlich einer Delegierten-Konferenz der **CDU** in Grim-

freigestellt, wie die Zwangsabgabe aufgeteilt und erhoben werde. Die Zyprioten hätten darauf bestanden, dass die „kleinen Leute“ ebenfalls belastet werden, weil sonst die Wirtschaft in Straucheln geraten könnte“, so die „DWN“ in ihrer Ausgabe vom 18. März 2013.

Unterstützung erfuhr die deutsche Kanzlerin durch Eurogruppen-Chef **Jeroen Dijsselbloem**. In einem „Reuters“-Interview hatte er erklärt, dass die **Retten der Mittelmeer-Insel als Vorbild für künftige Rettungsaktionen dienen könne**.

Das blieb nicht ohne Folgen. Er wurde von einigen Euro-Finanzministern und Notenbankern heftig attackiert, so dass er seine Aussagen revidierte. Zuvor hatte bereits der Chef der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, **Mario Draghi**, in Frankfurt klargestellt: „Zypern ist keine Blaupause. Die Einlagen der europäischen Sparer sind sicher“. Damit versuchte er offensichtlich die große Nervosität an den Märkten bezüglich weiterer „Haircuts“ in Europa zu dämpfen.

Mario Draghi ist auch sonst nicht irgendwer. Er war unter anderem Europa-Chef der Investment-Bank **Goldman-Sachs** während des umstrittenen Griechenland-Swaps, mit denen die

So gehen beispielsweise in Griechenland etwa 80 v. H. aller Hilfgelder in den Schuldendienst der internationalen Gläubiger. – Auch wenn nach einer aktuellen Umfrage von „Spiegel-Online“ vom 22. März 2013 „**jeder zweite Deutsche um sein Ersparnis bangt: 59 Prozent glauben, Angela Merkel habe richtig gehandelt. Die meisten Deutschen vertrauen der Kanzlerin.**“

Sparer an Bankenrettung beteiligt: Ist Zypern erst der Anfang?

Und es kam, wie es kommen musste. Die Entwicklung in Zypern hat die Bürger der **EU** – und damit auch in Deutschland – aufgeschreckt. In der Tat: Nicht wenige beginnen, sich um ihr Ersparnis zu sorgen, denn, was just in Zypern geschieht, kann morgen überall in Europa passieren. Dabei hat man – jedenfalls auf Deutschland bezogen – doch den Worten der Politiker Glauben geschenkt und darauf vertraut, dass das Guthaben auf der Bank sicher ist.

Das sind aber mehr oder weniger wohl nur Lippenbekenntnisse, die nach den Ereignissen in Zypern in einem neuen Licht gesehen werden müssen. Das, was man sonst nur in korrupten, diktatorischen Regimes glaubt feststellen zu



Wenn das Geld zur Ware wird, leiden die abhängig Beschäftigten und profitieren die Spekulanten.

men (Mecklenburg-Vorpommern) laut den „Deutsche Wirtschafts-Nachrichten“ (DWN) vom 18. März 2013, „dass es richtig sei, dass jeder, der ein Bankkonto in Zypern hat, auch für die Zypern-Rettung zur Kasse gebeten wird. Damit würden die Verantwortlichen zum Teil mit einbezogen und nicht nur die Steuerzahler anderer Länder“. **Merkel**: „Es ist ein guter Schritt, der uns eine Zustimmung zu einer Hilfe für Zypern sicherlich leichter macht“.

Bundesfinanzminister **Schäuble** verteidigte in einem **ARD**-Interview die Beteiligung aller Bankkunden in Zypern. „Deutschland und der IWF hätten den Zyprioten bei der Verhandlung in Brüssel

Griechen ihre Zahlen mit Hilfe von **Goldman** so geschönt hatten, dass sie schließlich auf dem Papier die Aufnahme-Kriterien für die **Europäische Union** erfüllten. Die Folgen für Griechenland und die **EU** sind bekannt.

Das Ziehen der „nationalen Karte“ durch die Bundeskanzlerin hat sich so manch mündiger Bundesbürger bei anderen Anlässen sicherlich schon des Öfteren gewünscht. Hier aber verkannte die Regierungschefin, dass **zumindest ein Teil der Deutschen sehr wohl begriffen hat, dass mit derartigen Rettungsaktionen in erster Linie die Banken und die Finanzindustrie schadlos gehalten werden sollen**.



Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangt Reformen für deutsches Geld, damit die Finanzkrise nicht zu einem Fass ohne Boden wird.

können, dass passiert nun mitten in Europa. Da zeugt die Einlassung einiger Macher, man habe vornehmlich doch nur die russischen Bankkonteninhaber zur Kasse bitten wollen, von Einfalls- und Hilflosigkeit. Auch wenn zwischenzeitlich auf Grund massivster Proteste breiter Bevölkerungsteile, nicht nur in Zypern, sondern in ganz Europa, die verantwortlichen **EU**-Politiker vorerst mehr oder weniger „kalte Füße“ bekommen haben – die Entscheidungsträger der Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen – und die Regierung in Nikosia die Höhe des Beginns der „Zwangsabgabe auf Bankeinlagen“ auf nunmehr 100.000 Euro festgesetzt hat, kann man schon von ei-

ner **enteignungsgleichen Maßnahme** sprechen. Übrigens soll nicht unerwähnt bleiben, dass Russland laut „*RIA NOVOSTI*“ vom 8. April 2013 bereits Ende vergangenen Jahres einen Staatskredit von 2,5 Mrd. Euro an Zypern gewährt hat, wobei der Kredit laut Präsident **Wladimir Putin** nun an die neuen Verhältnisse angepasst werden soll, berichtet „*Die Welt*“ in ihrer Ausgabe vom 8. April 2013.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Einlassung der Regierung Zyperns zum Vorschlag des FDP-Finanzexperten **Frank Schäffler** (MdB), der einen Euro-Austritt des Landes ins Spiel gebracht hatte. Die Realisierung dieses Vorschlages würde den Wohlstand des Landes „um Jahrhunderte“ zurückwerfen. Das verwunderte zunächst, aber nach einer **EZB-Studie**, so die „*Süddeutsche.de*“ in ihrer Ausgabe vom 9. April d. J., „sind viele Bürger auf Zypern sehr vermögend und zwar in einem Maße, das neue Debatten über allzu hohe Bürden für Deutschlands Steuerzahler“ zu erwarten sind. ... „Die zyprischen Haushalte besitzen ein durchschnittliches Nettovermögen in Höhe von 670.000 Euro. Nur die Luxemburger können das mit 710.000 Euro noch toppen – viele andere Staaten,

den **ESM** versorgt werden wird. Dass die deutsche Bundesregierung sich allerdings so verhältnismäßig zügig in die Zypern-Rettung eingebracht hat, mag auch daran liegen, **dass Zypern gegenüber Deutschland und Griechenland die größten noch ausstehenden Kredite hat**. Die deutschen Banken haben sich laut den aktuellsten Daten der Bundesbank mit insgesamt 6 Mrd. Euro in Zypern engagiert, wovon allein auf die **HSH Nordbank** rund 1,6 Mrd. Euro (Schiffsbranche) entfallen.

Laut den Daten der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS)** vom September 2012 besteht vor allem für Deutschland mit 7,6 Mrd. Euro und Griechenland mit 16,4 Mrd. Euro ein hohes Risiko. Zahlen, die „Otto-Normalverbraucher“ mehr als nachdenklich stimmen müssen, kostet für ihn der Überziehungskredit bei seiner heimischen Sparkasse doch um die 15 v. H..

EU bereitet Richtlinien für Blitzzugriff auf Bankkonten vor

Und die Wahrheit kommt doch ans Licht! Geradezu alarmierend ist die in den „*DWN*“ vom 9. April des Jahres gebrachte Meldung, wonach die **EU** an einem Masterplan arbeite, „um die Kon-

Richtlinie zu rechnen, aber noch ist viel vom Nebel umhüllt“.

Auch räumt **Kantner** mit der **Höhe der Einlagensicherung** auf. Viele Europäer wären der Auffassung, dass ihre Einlagen automatisch bis 100.000 Euro gesichert seien. Das sei jedoch eine Illusion. In Wahrheit sei überhaupt nichts gesichert. – Das sieht **EU-Währungskommissar Olli Rehn** allerdings ein wenig anders. Zwar bestätigt er laut Nachrichtenagentur „*Reuters*“, **dass die EU eine Direktive zur europäischen Banken-Rettung plane** und diese vorsehe, **dass Bank-Kunden und Inhaber von Bank-Aktien im Rettungsfall „rasiert“ (Haircut) werden sollen**. **Rehn** hat aber auch erklärt, dass die kleinen Anleger verschont bleiben sollen: „In jedem Fall ist das **Limit von 100.000 Euro heilig**. Inhaber von Guthaben unter diesem Betrag werden immer sicher sein.“ Auch die deutsche Bundeskanzlerin versucht den Menschen hier das Gefühl zu geben, dass nichts geschehen werde, jedenfalls nicht vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag im September dieses Jahres. Und danach?

Im **Land Brandenburg** sorgen sich auch **Beamte und Ruheständler**. Dieses Bundesland hat rund 2 Millionen Euro aus seiner **Pensionskasse** für „Staatsdie-



Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht in einer Finanzunion die Lösung der Probleme.

die als Netto-Zahler und wichtige Garantgeber bei der Euro-Rettung aktiv sind, wirken da – überspitzt gesagt – fast wie arme Kirchenmäuse.“ Deutsche Privathaushalte verfügen hingegen nur über ein durchschnittliches Netto-Vermögen von etwa 195.000 Euro.

Und in der Tat, trotz der neuerlichen Beschwichtigungspolitik von Seiten der Bundesregierung kam und kommt noch immer Ärger bei so manchem deutschen Sparer auf, seit dem das am 24. März d. J. in Brüssel beschlossene **EU-Hilfspaket**, welches **Deutschland mindestens 1,4 Mrd. Euro kostet**, bekannt wurde. Das ist der Zinsverlust, den die Deutschen hinnehmen müssen, weil Zypern über

teninhaber stärker mit in die Banken-sanierung einzubeziehen“. Die „*DWN*“ zitiert in diesem Zusammenhang den österreichischen Insolvenzrechts-Experten **Hans-Georg Kantner** vom Kredit-schutzverband 1870 zum Thema Bankenrettungen in Europa u. a. wie folgt:

„**Vom Freitagabend bis Montag soll in Zukunft das ganze abgeschlossen sein und im Idealfall merken es die Kontoinhaber gar nicht. Sie würden dann nur am Montagmorgen sehen, dass ihr Konto belastet wurde. So kann man verhindern, dass ein Banken-Run einsetzt und dass Banken vorübergehend geschlossen werden. Im Laufe dieses Jahres ist mit einer entsprechenden**



Jeroen Dijsselbloem sah zunächst die Zypern-Rettung als Modell für die Zukunft an.

ner“ 2010 in Staatsanleihen des Mittelmeerlandes angelegt. Dort wählte Brandenburgs Finanzministerium das Geld sicher, sah man sich doch in trauriger Gemeinsamkeit mit den Russen.

Sollte Brandenburg jetzt verkaufen, droht ein Verlust von einer halben Million Euro aus der Zypernanleihe, die im November 2015 fällig wird. Der gesamte Pensionstopf umfasst allerdings rund 260 Millionen Euro, der laut Ermittlungen des **RBB** zu 98 % im Ausland angelegt ist. Laut der „*Preußischen Allgemeinen Zeitung*“ (*PAZ*) vom 3. April 2013 gibt sich Landesfinanzminister **Helmuth Markow** indes „ganz sicher, dass auch die zyprischen Anleihen wieder nach



Der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler legte Zypern den Austritt aus der Eurozone nahe.



In Zypern werden die Sparer an den Kosten zur Rettung des Landes beteiligt.

oben geben“. Immerhin habe Brandenburg ja auch in irische Papiere investiert, die sich prächtig erholt hätten. Das sich Brandenburger „Pensionsjongleure“ praktisch „auf den letzten Drücker“ u. a. ihrer Anlagen in von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Ländern wie z. B. Portugal, Spanien und Frankreich zu entledigen vermochten, führt der Minister nicht weiter aus. Auch wenn diese Art von märkischer Geldanlage anfänglich von Erfolg gekrönt war, bleibt festzuhalten, dass, abgesehen von den dieser Vorgehensweise innewohnenden Risiken für künftige Ruhestandsbeamte, das Finanzministerium nicht gerade viel Vertrauen in die Möglichkeiten des eigenen Landes hegt.

Und wie geht es weiter mit der EU und dem EURO?

Der britische Europa-Abgeordnete **Nigel Farage**, Mitglied der **United Kingdom Independent Party (UKIP)**, empfahl britischen Auswanderern in einem Zeitungsinterview mit „The Telegraph“ ihr Geld von **spanischen Banken** abziehen. „**Sie waren gewarnt. Diebstahl ist das neue Modell zum Erhalt des Euro**“. Diese Warnung war an die rund 750.000 Briten gerichtet, die sich in **Spanien** nie-

dergelassen haben. Er empfiehlt ihnen: „**Holt Euer Geld da raus, solange Ihr noch die Chance dazu habt**“. Weiter wird **Farage** in „Goldreport“ vom 26. März 2013 wie folgt zitiert: „Die **EU** bemächtigt sich nun aller Möglichkeiten, um



Das Land Brandenburg spekuliert mit den Rücklagen für seine Pensionäre.

ihr scheiterndes Euro-Projekt am Leben zu erhalten.“ Laut „DWN“ vom 8. April 2013 „**haben die italienischen Banken jede Menge faule Kredite in ihren Bilanzen und sind massiv von der EZB abhängig. Die politische Lage verschärft den Druck auf die Geldhäuser noch mehr.**

Der italienische Staat aber braucht die Banken zum Kauf von Anleihen. **Doch die haben kaum mehr Geld**“. In **Italien** ist die Sparquote sehr hoch. Aber, da wo Licht ist, ist auch Schatten. So hat **Goldman Sachs** bereits ausgerechnet, dass

eine Zwangsabgabe von 8,5 Prozent auf alle Einlagen bei italienischen Banken 127,2 Mrd. Euro erbringen würden. Das ist Zynismus pur – oder etwa nicht? Dass das alles keineswegs Einzelfälle sind, belegt auch ein gemeinsam von der amerikanischen **Bundeseinlagenversicherung FDIC** und der **Bank von England (BoE)** verfasstes Pa-

pier, das bereits am 10. Dezember 2012 vorgelegt wurde. Es belegt, dass auch die amerikanischen und britischen Behörden, genau wie die Behörden in der **EU**, die privaten Bankguthaben „plündern“ wollen. So behandelt das Papier die Kundenguthaben in den Banken als



EU-Abgeordneter Nigel Farage warnt seine in Spanien lebenden Landsleute vor der Haftung für spanische Banken.



Die Bank of England befürchtet, die Politik könnte versucht sein, die Staatsschulden „wegzuinflationieren“.



Bundesbankpräsident Weidmann wirbt für eine strengere Bankenaufsicht.

„ungesicherte Kredite“, die daher zur Stützung der Banken herangezogen werden könnten. Ob Mr. **Farage** das nicht gewusst hat?

Auch Bundesbankpräsident **Jens Weidmann** hat sich zu diese Thematik eingebracht („Reuters“ v. 7. April 2013): „Ich verstehe sehr gut, dass die Einleger nach den Diskussionen um die Rettung von Zypern unsicher geworden sind“. **Weidmann**, der auch für eine **strengere Bankenaufsicht** wirbt, weiter: „Dieser Unsicherheit gilt es jetzt entgegenzutreten, indem wir zeigen, dass durch die verschiedenen Regeln, die jetzt aufgestellt werden, solche Schieflagen weniger wahrscheinlich geworden sind.“ Mit Blick auf **Slowenien**, das mit hohen Defiziten kämpft, lehnt Weidmann ein Eingreifen der **EZB** ab. „Wenn Slowenien einen Finanzierungsbedarf hat, dann ist der richtige Adressat der **ESM**, also der Rettungsfonds. Uns als Notenbank ist die Finanzierung von Staaten in der **EU-Verträgen verboten**...“.

Erstaunlich ist allerdings, dass in Deutschland im Zusammenhang mit dem drohenden Staatsbankrott in Nikosia kaum jemand von dem seit 1974 durch die Türken völkerrechtswidrig besetzten **Nordteil der Insel Zypern** redet. Kehrt Nikosia nun „bald heim“ ins Osmanische Reich? Laut einem Artikel von „Reuters“ vom 4. April 2013 sieht der türkische Präsident **Abdullah Gül** in der ausufernden Finanzkrise in Zypern die Chance, die Teilung der Mittelmeerinsel zu überwinden und auf diesem Wege die Zusammenarbeit Griechenlands und der Türkei zu stärken.

Gül hat sich zu einem für die Interessen der Türkei günstigen Zeitpunkt erklärt, zumal Griechenland kaum in der Lage sein dürfte, Zypern „über Wasser“ zu halten. Warten wir's ab. Erst einmal wird die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur Genesung des „kranken Mannes“ in Nikosia leisten.

Glosse

Tach auch

Justus V. Anonymus



Tach auch, Kallejen.

Wusstet ihr, dat jeder Deutscher pro Jahr 136,9 Liter Bier, Wein, Schaumwein oder andere Spirituosen trinkt, eine ganze Badewanne voll. Dat hört sich viel an, aber auf den Tach umjerechnet sind dat unjefähr 0,4 Liter, nich mal ne Pulle Bier, also quasi abstinent. Und trotzdem sterben über 70.000 Menschen jährlich an den Folgen des Alkoholkonsums, dazu noch zirka 700 an den Folgen von Braunkohlekraftwerken, wenn man den Experten jlauben soll. Ich frach mich nur, wie die dat rauskriejen. Die können ja keine Versuchsperson eine Badewanne voll Jägermeister trinken lassen oder auf den Schornstein von einem Braunkohlekraftwerk festbinden, um festzustellen, ob der stirbt.

Man könnte sich ja auch mal fragen, wieviel von denen jestorben wären, wenn die kein Alkohol jetrunken oder keine Braunkohlefeinstaub einjeatmet hätten. Und wat ist mit die Autoabjassen? Also irjendwie kann dat ja nich so schlimm sein, wo wir doch im Durchschnitt immer älter werden.

Nun weiß man ja aus Erfahrung, dat Beamte besonders viel Alkohol trinken, und Justizvollzugsbeamte sind in jeder

Eine Wanne voll Alkohol

Ausgleich erhöht, die Dienstaltersstufen zusammengestrichen und den Jewinn kassiert, dat Urlaubsjeld jestrichen, dat Weihnachtsjeld jekürzt, die Jubiläumzulage abjeschafft und die Kostendämpfungspauschale aufjebummt. Aber dat, wat jetzt läuft, is schon echt krass, liebe Hannelore: Beamte bis Besoldungsstufe A10 kriejen die jleiche Erhöhung wie die Anjestellten, dat is ja in Ordnung. Aber A11 und A12 kriejen nur ein Prozent pro Jahr mehr und ab A13 jibbet überhaupt nix. Besonders link is et, dat die Landesrejierung darauf setzt, dat die Kallejen vom mittleren Dienst sich freuen und vielleicht denken, die höheren Jehaltjruppen haben sowieso

jenuch, die brauchen keine Erhöhung. Hier wird jezielt ein Keil zwischen die Beamten jetrieben. Ich sach nur: Badewanne

voll Alkohol! Jetzt hamwer och noch den Salat mit dem Offschorlieks und ich muss sehen, dat ich meine Millionen in Sicherheit bringen tu. Wer hat sich eijentlich der Name einfallen lassen? Ich hab mal jejuggelt: Dat heißt so viel wie „Leck vor der Küste“. Wahrscheinlich, weil da jetzt die Namen von den Steuersündern durchsickern tun.

Nich mal auf dat Lottospielen kann man sich mehr verlassen. Da sizte vor der Kiste und siehst, wie Deine Zahlen jezogen werden, und du schreist laut auf, weil du denkst, jetzt bisse reich, und in zehn Minuten is alles für die Katz. Ich sach nur: Badewanne voll Alkohol!

Zum Schluss muss ich noch mal kurz wat loswerden über den NSU-Prozess in München. Die türkischen Schurnalisten

fühlen sich ja furchtbar diskriminiert, weil se keinen Platz im Landjericht München mehr jekricht haben und stellen dat Jericht und die janzen Deutschen mal wieder in die ausländerfeindliche Ecke. Also jetzt mal ehrlich, liebe türkische Freunde, wa-

rum könnt ihr nicht einfach zujeben, dat ihr verpennt habt, euch rechtzeitig anzumelden. Da hilft auch der jute Rat von unserem Tommy nix. Ich sach jetzt lieber nix mehr.

So, liebe Kallejen, jenuch jelästert. Ich muss noch schnell nachem Aldi vorm Dienst. Macht et jut, bis demnächst.

Ne schöne Jroß

Justus V. Anonymus



Hinsicht besonders jute Beamte. Wie krieche ich jetzt den Dreh zu unserer Besoldungserhöhung? Ich freu mich ja drüber, dat die Anjestellten in den nächsten zwei Jahren 2,65 und 2,95 Prozent mehr im Portmanée haben. Aber wat unsere wortbrüchige Landesmutter mit den Beamten da macht, ist schon ziemlich abjefahren. Man hat uns in der Verjangenheit schon die Wochenstunden ohne

Landesamt für Justiz bereits im Planungsstadium gescheitert

Puffer zwischen Vollzugsanstalten und politischen Verantwortungsträgern

Um die Leistungsfähigkeit der Justizbehörden in NRW zu verbessern, hat die rot-grünen Landesregierung es für sinnvoll gehalten, übergreifende operative Aufgaben zu bündeln und in einem Landesamt für Justiz zusammenzuführen. Für die laufende Legislaturperiode war die Einrichtung dieses Amtes geplant, das auch als Mittelbehörde für den Strafvollzug fungieren sollte. Organisation und Aufgabenzuschnitt waren durch eine von Justizstaatssekretär Karl-Heinz Krems geleitete Arbeitsgruppe bereits weitgehend ausgearbeitet, als die Arbeit jetzt gestoppt wurde.

Mittelbehörden haben im Strafvollzug eine lange Tradition. Von 1970 bis 2007 haben sie die politische Spitze des Justizministeriums effektiv davor bewahrt, dass die dem Vollzug immanenten Sicherheitsrisiken immer gleich auf dem Schreibtisch des Ministers durchschlugen. Die Mittelebene fungierte als Puffer zwischen dem Geschehen in den Vollzugsanstalten und den politischen Verantwortungsträgern. Sie sorgte zudem dafür, dass die Behandlung von Rechtsbrechern vorrangig an vollzuglichen Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten und weniger an politischen Opportunitäten ausgerichtet werden konnte.

Wenn das Vorhaben, in einem Landesamt für Justiz Synergieeffekte generieren zu können, so abrupt ausgebremsst wird, dann ergeben sich viele Fragen. Unter einem Gesichtspunkt hat der BSBD allerdings Verständnis für die jetzt getroffene Entscheidung. **Durch den Vertrauensbruch, das Tarifergebnis nicht vollständig auf den Beamtenbereich zu übertragen**, wäre die kostenneutrale Rekrutierung des Personals für ein Justizamt aus dem Bestand der Vollzugsanstalten keinesfalls auf das Verständnis der Kolleginnen und Kollegen gestoßen. **BSBD-Chef Peter Brock:** „Der aufgezwungene Verzicht auf die gesetzlich garantierte



BSBD-Landesvorsitzender Peter Brock. „Es ist vermutlich klug, sich in der aktuellen Situation von der Schaffung eines Landesamtes für Justiz zu verabschieden.“

Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, kombiniert mit einem deutlichen Aufgabenzuwachs und einer weiteren Arbeitsverdichtung, hätte das ‚Fass der Zumutungen‘ sicherlich zum Überlaufen gebracht!“

Ausbruchserie:

„Fast 400 Gefangene in neun Monaten entwischt“

Mit Vollzugslockerungen verbundene Risiken können nicht den Justizvollzugsbediensteten angelastet werden

Unter dieser Überschrift berichtete „Die Welt“ am 11. April 2013 über die Sicherheitslage in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen. Die Zeitung lässt die Piratenpartei fragen: „Sind die Gefängnisse ein offenes Scheunentor“. Als normalem Bürger, der sich nur selten mit dem Geschehen hinter den hohen Mauern der Vollzugseinrichtungen befasst, muss einem angst und bange werden. Ist unser aller Sicherheit ernsthaft in Gefahr? Angesichts der neuesten Statistik, die dem Innenausschuss dieser Tage vorgelegt worden ist, könnte man zu dieser Ansicht gelangen. Danach sind in neun Monaten fast 400 Gefangene aus dem Vollzug entwichen. Diese Furcht einflößende Information wird im nächsten Absatz zwar etwas nivelliert, dem Bürger aber ist erst einmal der Schreck in die Glieder gefahren.

Richtig ist, dass annähernd 400 Strafgefangene in Nordrhein-Westfalen innerhalb von neun Monaten geflüchtet oder von Ausgängen oder Urlauben nicht in die Vollzugseinrichtungen zurückgekehrt sind. Dies geht aus einem Bericht des NRW-Innenministeriums an den Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags hervor.

Dem Bericht zufolge ereigneten sich zwischen Juli 2012 und März 2013 insgesamt 149 sogenannte Entweichungen. Dazu zählen sowohl klassische Ausbrüche als auch die Flucht aus einem Gericht oder einer Arztpraxis. 229 Verurteilte kehrten nach Lockerungen nicht in den Vollzug zurück. Soweit die objektiven Zahlen, die für sich genommen nichts, aber auch rein gar nichts über die Sicherheitslage in den NRW-Gefängnissen aussagen. Anlass für die Debatte im Innenausschuss war die Flucht eines verurteilten Mörders aus der Justizvollzugsanstalt Werl. Der 42-Jäh-

rige war im Februar von einem unbegleiteten Ausgang nicht in die Einrichtung zurückgekehrt, wo er seit fast 20 Jahren eine lebenslange Strafe wegen Mordes



MdL Dirk Schatz von der Piraten-Fraktion meint Sicherheitsrisiken im Vollzug ausgemacht zu haben.

verbüßte. Nach dieser Nichtrückkehr reiste der suchtmittelabhängige Gefangene nach Hamburg. Dort soll er eine Frau niedergestochen und lebensgefährlich verletzt haben. Zwischenzeitlich wurde der Gefangene gefasst und befindet sich nunmehr in Untersuchungshaft.

Dirk Schatz, Abgeordneter der Piraten und früherer Polizeikommissar, nimmt diesen Fall zum Anlass, die Lage in den nordrhein-westfälischen Gefängnissen zu kritisieren: „Sind die Gefängnisse ein offenes Scheunentor?!“ Mit diesem Bericht werden die Leser zwar mit Informationen versorgt, es wird aber nichts dazu ausgeführt, wie sich die Sicherheitslage im Hinblick auf den Umgang mit Rechtsbrechern derzeit darstellt. Hier werden die Leser allein gelassen mit Befürchtungen, die selbst von Landtagsabgeordneten geäußert werden. Die parlamentarische Auseinandersetzung zielt seitens der Opposition darauf ab, die jeweilige

Regierung im Kampf um gute Lösungen in Bedrängnis zu bringen. Dies ist ein legitimes Anliegen, sollte aber nicht dazu führen, Vorurteile zu bedienen und Ängste zu schüren.

Entwichene Strafgefangene stellen nur ein geringes Risiko dar

Die 400 sonstigen Entweichungen sagen im Hinblick auf die Sicherheit der Allgemeinheit so gut wie gar nichts aus, wenn sie nicht in Relation zur Anzahl der Gefangenen gesetzt werden. Diese Entweichungen ereignen sich in der Regel im offenen Vollzug, wo die Gefangenen meist im Endstadium der Strafvollstreckung durch die Eröffnung von Chancen für ein künftig straffreies Leben erprobt werden. Jahresdurchschnittlich befinden sich rd. 11.000 Gefangene in den offenen Vollzugseinrichtungen des Landes. Bei rund 400 Entweichungen bewegt sich

haben, denn nur diese beinhalten ein konkretes Gefährdungspotenzial. Selbst wenn man unterstellte, dass jeder Fall zu einer Verurteilung führen würde, was nicht der Fall ist, dann wären diese 300 Fälle im Vergleich zu den 1,5 Millionen jährlich registrierten Straftaten allein in Nordrhein-Westfalen eine eher zu vernachlässigende Größe.

Diese Einordnung der Informationen hätten wir uns auch von „Die Welt“ gewünscht, weil ansonsten unausgesprochen der Vorwurf im Raume steht, der Strafvollzug komme seinem gesetzlichen Auftrag, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, nur unzureichend nach. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Noch nie waren die nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen so sicher wie derzeit. Die mit Vollzugslockerungen unzweifelhaft verbundenen Risiken können



Immer wieder muss sich der Vollzug gegen verzerrende Darstellungen der Sicherheitslage in den NRW-Gefängnissen wehren. Dabei waren die Vollzugseinrichtungen noch nie so sicher wie gegenwärtig.

die Versagensquote seit Jahren konstant um die Zwei-Prozent-Marke, was als sehr moderat anzusehen ist.

Setzt man die Versagensfälle ins Verhältnis zu den Möglichkeiten, die Gefangene im offenen Vollzug und im Rahmen von Lockerungen unschwer nutzen können, um sich der weiteren Strafvollstreckung zu entziehen (z. B. beim täglichen Außenarbeitseinsatz), relativiert sich diese Quote noch mehr.

Rund 2.200 Außenarbeitseinsätze am Tag

Bei arbeitstäglich rd. 2.200 Außenarbeitseinsätzen ergeben sich für die Gefangenen bei 200 Arbeitstagen mindestens 440.000 Möglichkeiten, sich dem Vollzug zu entziehen, was einem Prozentsatz von unter 0,1 entspricht. Kommen wir nun zu den schätzungsweise 300 Fällen, in denen entwichene Gefangene im Verdacht stehen, Straftaten begangen zu

allerdings nicht den Kolleginnen und Kollegen angelastet werden. Dies wäre so, als wolle man die Polizei für die Begehung von Straftaten verantwortlich machen.

Die Ursachen von Sicherheitsstörungen werden von der Politik vielfach über die Medien ausgetragen, weil sie sich so herrlich instrumentalisieren lassen. Von einer seriösen Zeitung darf allerdings erwartet werden, dass sie Informationen aufbereitet und ihrer Leserschaft in einer Weise präsentiert, dass kein Zerrbild der Realität entsteht.

Denn eines dürfte auch der Tageszeitung „Die Welt“ einleuchten: **Eine gelungene Wiedereingliederung eines Rechtsbrechers stellt den wirksamsten Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten dar. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Lockerung des Vollzuges einschließlich der damit verbundenen Risiken ohne Alternative.**

Heute schon gelacht?

Der Humor der Juristen ist oft etwas gezwungen. Justitia lacht eben nicht. Juristen vertrauen vielmehr auf die Kraft der rationalen Argumentation. Der Umgang mit pathologischen Querulanten ist es dann, der ihren Gedanken mitunter humoristischen Mehrwert verleiht. Wo kein Kläger, da eben kein Kalauer.

Wie etwa bei jenem Bedürftigen, der Sozialhilfe für die Anschaffung von Kondomen zu erstreiten versuchte, da er täglich im Durchschnitt 1,7-mal mit seiner Freundin verkehre. Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hielt ihm jedoch entgegen, die Sozialhilfe sei nicht dazu da, maximale Bedürfnisbefriedigung sicherzustellen. Er möge sich mit wechselseitiger Selbstbefriedigung behelfen.

Oder bei jener Klägerin, der das Amtsgericht Siegen nach dem Besuch beim Friseur zweihundert Euro Schmerzensgeld zusprach, da „der Blick in den Spiegel nach einer missglückten Dauerwellenbehandlung einen Schock auslösen“ könne.

Sehr schön kommt auch der Diskurs über das Recht der Vernunft des schweizerischen Bundesgerichts daher, das sich mit dem Streit über die Frage, ob die Urheberschaft an den Äußerungen einer Helseherin dem Medium oder dem Jenseits selbst zustehe, zu befassen hatte. Das Gericht entschied: „Das dem schweizerischen Recht zugrundeliegende Rationalitätsprinzip rechnet das Geisteswerk demjenigen Rechtssubjekt als Schöpfer zu, welches die Form gewordene Vorstellung erstmals zum Ausdruck bringt. Jenseitige Wesen aber sind keine Subjekte schweizerischen Rechts (Art. 11 ZGB) und können daher gedankliche Vorstellungen nicht rechtswirksam zum Ausdruck bringen.“

Missverständnis

Der Richter wiederholt die Ausführungen des Staatsanwalts: „Sie haben Ihrem Meister mit dem Hammer auf den Kopf geschlagen und behaupten allen Ernstes, er hätte Sie dazu aufgefordert?“ „Natürlich! Er sagte zu mir: ‚Jetzt nehmen ich das Eisen aus dem Feuer, und wenn ich mit dem Kopf nicke, schlägst du mit dem Hammer drauf!‘“

Nachfrage

Richter nach dem Plädoyer des Verteidigers: „Wenn ich Sie richtig verstanden habe, soll ich den Angeklagten heilig sprechen?“

Hartmut Fröhlich, ehemaliger Leiter der JVA Aachen, verstorben

Strafvollzugsbedienstete nehmen Abschied von einer umsichtigen und pflichtbewussten Führungskraft

Am 20. März 2013 ist plötzlich und unerwartet der langjährige Leiter der Justizvollzugsanstalt Aachen, Ltd. Regierungsdirektor Hartmut Fröhlich, im Alter von 74 Jahren verstorben. Bestürzt, erschüttert und voller Trauer nehmen die Strafvollzugsbediensteten Abschied von einer umsichtigen, pflichtbewussten Führungskraft des Strafvollzuges. Bei allen Sachzwängen stellte er immer den Menschen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Der Strafvollzug verliert mit Hartmut Fröhlich einen ausgewiesenen Vollzugsfachmann, dessen Wort Gewicht hatte.

Ltd. Regierungsdirektor **Hartmut Fröhlich** war als studierter Jurist der erste Leiter der neu errichteten JVA Aachen. Als er 1995 diese verantwortungsvolle Position übernahm, galt es den Neubau fertigzustellen und einen homogenen Personalkörper zu formen. Er hat diese Behörde geprägt, für die Öffentlichkeit geöffnet und das Geschehen im Strafvollzug

für die Allgemeinheit transparent und erfahrbar gemacht. Im Laufe seines Wirkens entwickelte sich das Aachener Gefängnis zu einer auch in der öffentlichen Wahrnehmung akzeptierten Einrichtung



Hartmut Fröhlich, erster Leiter der neuen JVA Aachen, verstarb am 20. März 2013 in Aachen.

eines auf Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben ausgerichteten Strafvollzuges. Gleichzeitig achtete **Hartmut Fröhlich** darauf, dass dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten

die gebührende Bedeutung beigemessen wurde. Seine Vorstellungskraft, seine Ideen und Gedanken haben auch den Strafvollzug und das Bewusstsein der ihm anvertrauten Strafvollzugsbediensteten nachhaltig geprägt.

Seinem Beruf als Bediensteter des Strafvollzuges fühlte sich **Hartmut Fröhlich** in besonderer Weise verpflichtet. Menschen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen, war ihm ein erkennbar persönliches Anliegen.

Er empfand die Sorge um die ihm anvertrauten Menschen als Herausforderung, nahm es als seine Aufgabe an, die Wunden dieser Menschen zu verbinden durch Zuhören und Beraten, durch Helfen und Beistehen, durch Begleiten und durch das Überbrücken von Gräben.

Er wirkte motivierend dort, wo Mutlosigkeit Einzug zu halten drohte, und er gab Orientierung dann, wenn Stimmenvielfalt die Probleme zu überlagern begann.

Mit den Angehörigen trauern die Strafvollzugsbediensteten um einen verdienten Kollegen, der sich durch Ehrlichkeit und Bescheidenheit den Respekt seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erworben hat.

Nachruf

Am 2. März verstarb für uns alle plötzlich und unerwartet

Justizvollzugsamtsinspektor

Hanns Jörg Lindner

im Alter von nur 51 Jahren.

Hanns Jörg Lindner war langjährig Mitglied im Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands. Seine hohe Fachkompetenz, seine zugewandte, menschliche Art waren bestimmend für seine Persönlichkeit.

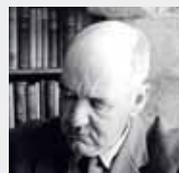
Zuletzt bekleidete er die Funktion des Schichtleiters. Als Vorgesetzter zeichnete er sich durch ein hohes Maß an sozialer Kompetenz aus. Als hilfreicher Wegbegleiter und kenntnisreicher Ratgeber erfuhr Hanns Jörg Lindner die besondere Wertschätzung seiner Kolleginnen und Kollegen.

Mit den Angehörigen trauern wir nicht nur um einen verdienten Kollegen, der mehr als seine Pflicht tat; wir trauern um einen verständnisvollen, hilfsbereiten, lieben Menschen, der vielen von uns ein Freund geworden ist.

Wir werden Hanns Jörg Lindner in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Hanns Jörg Lindner hinterlässt seine Ehefrau und zwei Kinder.

Für den
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Ortsverband Hagen
Thomas Schulte
Ortsverbandsvorsitzender

Kleine Weisheiten



„In jeder Organisation gibt es einen Menschen, der Bescheid weiß. Diese Person muss entdeckt und gefeuert werden, sonst kann die Organisation nicht funktionieren!“

Cyril N. Parkinson, engl.

Soziologe und Schriftsteller

„Die Fähigkeit des modernen Menschen unglücklich und unzufrieden zu sein, ist unbegrenzt.“



Manfred Rommel, dt. Politiker



„Glück besteht aus einem soliden Bankkonto, einer guten Köchin und eine tadellosen Verdauung!“

Jean-Jacques Rousseau, fr. Schriftsteller und Philosoph

OV Bielefeld-Oberems

Ulrich Biermann wurde als Vorsitzender bestätigt

Landesvorsitzender Peter Brock referierte über die aktuellen Entwicklungen und die Lage im NRW-Strafvollzug

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung votierten die Mitglieder des Ortsverbandes mit überwältigender Mehrheit für den bisherigen Vorsitzenden Ulrich Biermann. Nach den letztjährigen Personalratswahlen hatte Biermann auch den Vorsitz des Personalrates bei der JVA Bielefeld-Senne von Klaus Jäkel übernommen und mit ersten Organisationsmaßnahmen unter Beweis gestellt, dass er ausgesprochen großen Wert auf Teamarbeit legt. Die Versammlungsteilnehmer sprachen sich für den engagierten Gewerkschafter und kenntnisreichen Vollzugspraktiker aus, der sich im BSBD auch überregional einen Namen gemacht hat. Zu der diesjährigen Jahreshauptversammlung konnte Biermann auch den BSBD-Landesvorsitzenden Peter Brock und den Ehrenvorsitzenden Wilhelm Bokermann begrüßen.

Die Versammlung gedachte zunächst der im Jahre 2012 verstorbenen Kollegen, bevor Vorsitzender und Kassierer ihre Geschäftsberichte erstatteten. **Biermann** machte darauf aufmerksam, dass der **BSBD** bei den Personalratswahlen ein sehr gutes Ergebnis erzielt habe, so dass die **Gewerkschaft Strafvollzug** weiter die bestimmende gewerkschaftliche Kraft in Bielefeld-Senne sei. Auch dienstlich habe man ein erfolgreiches Jahr erlebt, auf das alle Kolleginnen und Kollegen mit Stolz blicken könnten.

Einerseits seien die durch die Öffentlichkeit so kritisch beäugten Lockerungsmisbräuche nochmals zurückgegangen, auch die Einweichungen wiesen einen rückläufigen Trend auf. Andererseits habe man die Gefangenen zu 94 Prozent beschäftigen und eine Rekordeinnahme von annähernd 11 Mio. Euro aus der Vergabe der Arbeit der Gefangenen erzielen können. Dies sei eine Gemeinschaftsleistung, die einer besonderen Würdigung wert sei.

Hans Ebel legte anschließend einen überaus positiven Kassenbericht vor und erklärte gleichzeitig, nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stehen zu wollen. **Ulrich Biermann** würdigte die herausragenden Verdienste **Ebels** um die Finanzen des Ortsverbandes und für die Organisation so mancher Gemeinschaftsveranstaltung. „Seit 20 Jahren bis Du engagiert im Ortsverband tätig. Die Vorsitzenden kamen und gingen, aber Du warst Sinnbild für Kontinuität und Verlässlichkeit, dafür habe ich Dir im Namen des **BSBD** ganz herzlich zu danken“, lobte **Ulrich Biermann** den ausscheidenden Kassierer.

Im Verlauf der Veranstaltung ehrte der Vorsitzende langjährige Mitglieder des **BSBD**. Ehrennadel und Urkunde für **25-jährige** Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug erhielten die Kollegen **Martin Pellmann**, **Heiko Holtmann**, **Friedhelm Hemme**, **Heinz-Günter Wewer**, **Klaus Schroer**, **Michael Scheid** und **Bernd Janßen**. Für **50-jährige** Gewerkschaftszugehörigkeit konnte **Biermann Winfried Colberg** ehren. „Lieber Herr **Colberg** Sie haben sich

durch Ihr Engagement im Ortsverband Bielefeld-Oberems in allen Ämtern, die Sie bekleidet haben, um die Gewerkschaftsarbeit verdient gemacht. Höhen und Tiefen lagen dabei oftmals dicht beieinander, so manch stürmische Situation galt es zu überstehen. Letztlich können Sie und wir gemeinsam auf erfolgreiche Zeiten zurückblicken. Für Ihre Zukunft wünschen wir Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und Neugier auf künftige Herausforderungen“, stellte der Vorsitzende heraus.

An alle Jubilare gewandt, erklärte **Biermann**: „Gemeinschaftliche Ziele können wir nur erreichen, wenn wir diese beharr-

wurde. Als stellvertretende Vorsitzende stehen ihm zukünftig die Kollegen **Carsten Schreier** und **Bernhard Grimert** zur Seite.

Als neuer Kassierer wurde **Torsten Beermann** gewählt. Als Schriftführer bzw. Vertreter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fungiert auch zukünftig **Oliver Buschmann**. Zu Kassenprüfern bestimmte die Versammlung **Hartmut Ramlow** und **Thorsten Boch**. In den erweiterten Vorstand zogen für die Fachgruppen **Tim Brechmann** und **Julia Neumann** (Jugend) sowie Eyleen Hürkamp (Vertreterin für Frauenfragen) ein. Nach der Entlastung des Vorstandes wür-



Jubilare mit BSBD-Landesvorsitzendem. Von links: Friedhelm Hemme, Heinrich Heimann, Peter Brock, Winfried Colberg, Martin Pellmann und Bernd Janßen.

lich und kontinuierlich verfolgen und uns wechselseitig vertrauen. Ihr, liebe Kollegen, habt durch Eure langjährige Unterstützung des **BSBD** den Nachwuchskräften ein Beispiel dafür gegeben, wie sich auch in heutiger Zeit eine wirkungsvolle Gewerkschaftsarbeit organisieren und gestalten lässt. Dafür sagen Euch heute Landes- und Ortsverband eine herzliches Dankeschön!“

Die Versammlung wählte anschließend den neuen Vorstand. Mit überwältigender Mehrheit votierten die Kolleginnen und Kollegen für **Ulrich Biermann**, der damit im Amt des Vorsitzenden bestätigt

digte **Biermann** den aus der Vorstandsarbeit ausscheidenden **Hans Ebel**: „Mit den Fahrten und Seminaren, die du initiiert und geleitet hast, haben wir viele Kolleginnen und Kollegen erreicht. Diese Veranstaltungen hatten eine Bindegliedfunktion zwischen den einzelnen Teilbereichen unserer Vollzugseinrichtung. Du hast mit den Möglichkeiten des **BSBD** insoweit integrativ und gemeinschaftsfördernd gewirkt.“

Deine Arbeit als Kassierer war immer über jeden Zweifel erhaben. Man kann Dir nicht genug danken für das, was Du für die gewerkschaftliche Gemeinschaft

geleistet hast“, würdigte der Vorsitzende die Leistungen des aus der Führungsarbeit ausscheidenden Mandatsträgers.

Nach der Pflicht folgte die Kür. Der neue **BSBD**-Landesvorsitzende **Peter Brock** hatte es sich nicht nehmen lassen, sich den Kolleginnen und Kollegen des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems vorzustellen. Er referierte über die aktuellen Entwicklungen und die Lage im NRW-Strafvollzug. Mit der Personalentwicklung befasste er sich ebenso wie mit der neuen Dienstkleidung. Daneben ließ

er es nicht an kritischen Anmerkungen zur geplanten Dienstrechtsreform fehlen. „Die Erwartungen an diese Reform haben zwischenzeitlich ein Niveau erreicht, dass Enttäuschungen kaum mehr vermieden werden können. Seit sieben Jahren hält uns die Politik hin und verweist lediglich gebetsmühlenartig auf die Dienstrechtsreform“, ließ es **Brock** nicht an Deutlichkeit mangeln.

Kritisch sieht der **BSBD**-Vorsitzende auch die künftige Nachwuchsgewinnung. „In den nächsten Jahren erreichen

viele Fachkräfte die Altersgrenze. Nachdem die Gehälter im öffentlichen Dienst in den zurückliegenden zehn Jahren nicht einmal den Kaufkraftverlust ausgleichen konnten, wird es schwer werden, die Altersabgänge adäquat zu ersetzen“, meinte der Gewerkschafter und verwies darauf, dass in der Privatwirtschaft erheblich günstigere Einkommensmöglichkeiten bestehen.

Im Hinblick auf die sich abzeichnende Dienstrechtsreform informierte **Brock**, dass der Landesverband gegenwärtig mit Hochdruck an einer umfassenden Stellungnahme arbeite.

Ziel dieser Initiative sei es, allen Landtagsabgeordneten die Vorstellungen des **BSBD** vorzustellen, um für zukünftig angemessene Berufsperspektiven für alle Strafvollzugsbediensteten zu werben. „In Einzelgesprächen werden wir unser Arbeitspapier mit den Abgeordneten diskutieren müssen, um diese dafür zu gewinnen, ein Laufbahnsystem aus einem Guss zu schaffen, um künftig nicht immer an den Symptomen von Problemen ‚herumdoktern‘ zu müssen“, verdeutlichte **Peter Brock** die Position des **BSBD**. Seinen Respekt zollte der Gewerkschafter dem Ortsverbandsvorstand für den hohen Organisationsgrad. Insgesamt gehören dem Ortsverband derzeit 469 Mitglieder an. Die Versammlung endete mit einem harmonischen Beisammensein.



Der neue Vorstand hat sich fürs Gruppenfoto formiert. Von links: Ulrich Biermann, Bernhard Grimmert, Torsten Beermann, Julia Neumann, Carsten Schreier, Eyleen Hürkamp, Thorsten Boch und Oliver Buschmann.

Tarifrunde 2013:

Einigung nach Verhandlungsmarathon!

Demonstrationen und Warnstreiks haben Arbeitgeber beeindruckt

Die dritte Verhandlungsrunde führte zu einer Teileinigung. Nach einem wahren Verhandlungsmarathon, der offensichtlich zum festen Bestandteil von Tarifaueinandersetzungen geworden ist, liegt ein Ergebnis auf dem Tisch. Die Gehälter der rd. 800.000 Beschäftigten der Bundesländer werden in zwei Stufen erhöht. Die einheitliche Lehrer-Bezahlung, wesentliches Ziel der Gewerkschaften, konnte nicht erreicht werden. Hier soll im Laufe des Jahres in gesonderte Verhandlungen eingetreten werden.

Die Einkommen

werden ab dem 1. Januar 2013 um insgesamt 5,6 Prozent erhöht. Dieser Gesamtwert teilt sich bei einer Laufzeit von zwei Jahren (bis 31. Dezember 2014) wie folgt auf:

- 2,65 Prozent ab dem 1. Januar 2013 und
- 2,95 Prozent ab dem 1. Januar 2014.

Für alle Auszubildenden

konnte eine Übernahmegarantie nach bestandener Abschlussprüfung für zwölf Monate durchgesetzt werden. Bei Bewährung werden diese Arbeitsverträge entfristet und gelten dann unbefristet. Die Ausbildungs- und Praktikantengebühren erhöhen sich ab dem 1. Januar 2013

um einen Festbetrag von monatlich 50 Euro und ab dem 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent.

Die Urlaubsregelung

wird deutlich vereinfacht. Alle Landesbeschäftigten erhalten altersunabhängig 30 Tage Jahresurlaub. Auszubildende erhalten einen Jahresurlaub von 27 Tagen.

Der **DBB**-Verhandlungsführer **Willi Russ** sieht in den Warnstreiks und Demonstrationen der vergangenen Wochen die Grundlage für das akzeptable Tarifergebnis. „Die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen hat die Arbeitgeberseite deutlich überrascht und bei ihnen erst so etwas wie Kompromissbereitschaft erzeugt“, dankte **Russ**



Gewerkschafter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands demonstrieren in Düsseldorf.

den Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung. Nicht geklärt wurde der Streit über die Lehrer-Bezahlung. Die Gewerkschaften wollten erreichen, dass sich die Arbeitgeber zum Einstieg in eine



DBB-Verhandlungsführer Willi Russ bewertet das erzielte Verhandlungsergebnis vor den versammelten Medienvertretern als vertretbaren Kompromiss.

bundeseinheitliche Regelung zur Gehaltseinstufung für die ungefähr 200.000 angestellten Lehrer bereiterklären. Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten

bereits bei der Tarifrunde 2011 darüber gestritten. Anschließend Verhandlungen waren ergebnislos geblieben. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die Fachgewerk-

schaften positionieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine solche tarifliche Vereinbarung erst nach einem Arbeitskampf erzielt werden kann.

In einer ersten Bewertung sah **BSBD-Vorsitzender Peter Brock** den Tarifabschluss als einen vertretbaren Kompromiss an, der sich auf dem Niveau des Abschlusses für den Bund und die Kommunen bewege, wenn man die Regelung zum Urlaub einbeziehe.

Der Gewerkschafter bedankte sich bei den Kolleginnen und Kollegen, die so zahlreich an der Großdemonstration in Düsseldorf am 6. März 2013 Flagge für den **BSBD** und den Strafvollzug gezeigt hätten.

Zwischenzeitlich hat die NRW-Landesregierung entschieden, das Tarifergebnis nur in Teilbereichen auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. *Siehe Bericht auf Seite 51 dieser Ausgabe.*

Mehrarbeitsstunden dauerhaft auf hohem Niveau?

Personelle Verstärkung der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen sind unausweichlich

Mit großer Sorge beobachtet betrachtet der **BSBD NRW** das Verharren der Mehrarbeitsstunden auf einem hohen Niveau. Seit mehr als sechs Monaten konnte die magische Grenze von einer halben Million Mehrarbeitsstunden nicht mehr signifikant unterschritten werden. Wenn diese Entwicklung von Dauer sein sollte, sind personelle Verstärkungen der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen unausweichlich, sollen die Strafvollzugsbediensteten nicht permanent überlastet werden. Insgesamt schieben die Strafvollzugsbediensteten des Landes so viele Stunden vor sich her, dass die Gewährung von Freizeitausgleich an ihre Grenzen stößt. Alle Bemühungen der Verantwortlichen in den Justizvollzugsanstalten, den Bediensteten Erholungspausen durch freie Tage von ihrem verantwortungsvollen und sehr belastenden Dienst zu verschaffen, sind damit am bestehenden Personalmangel gescheitert.

Das Justizministerium unternimmt besondere Anstrengungen, um durch die Intensivierung der Gesundheitsfürsorge den teilweise überdurchschnittlich hohen Krankenständen in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen entgegenzuwirken.

Der **BSBD** begrüßt diese Aktivitäten, warnt allerdings gleichzeitig davor, in dieser singulären Maßnahme ein Allheilmittel zu sehen. Zudem dürften Verbesserungen bei der Gesundheitsfürsorge allenfalls langfristig Wirkungen entfalten. Die Überlastungen der Kolleginnen und Kollegen findet jedoch gegenwärtig statt. Überlastete Kolleginnen und Kollegen brauchen regelmäßig notwendige Ruhephasen und nicht dann, wenn es personalorganisatorisch möglich ist. Die Kolleginnen und Kollegen im allgemeinen Vollzugsdienst müssen in der Regel 12 Tage Dienst verrichten, bevor sie ein dienstfreies Wochenende erhalten. Bei solchen Dienstplangestaltungen werden sie an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit geführt. Hier gilt es, notwendige Regenerationsphasen zur Erholung zur Verfügung zu stellen. Sonst ist der Tag nicht mehr fern, an dem auch hoch motivierte Strafvollzugsbedienstete erschöpft resi-

gnieren. Wenn sich auf lange Sicht keine Besserung abzeichnet, nehmen die krankheitsbedingten Ausfallzeiten – dies zeigen die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre – zwangsläufig zu und verschärfen ihrerseits das Problem. Dem Dienstherrn muss klar sein, dass die Ausweitung von

Therapie- und Behandlungsangeboten sowie die Erhöhung der Sicherheit in den Vollzugsanstalten dauerhaft nur mit mehr Personal bewältigt werden können. Die Strafvollzugsbediensteten haben für ihren Dienstherrn eine Vorleistung erbracht und warten jetzt darauf, dass die-





Die Kolleginnen und Kollegen der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes schieben annähernd eine halbe Million Mehrarbeitsstunden vor sich her.

ser ihre Überlastungssituation erkennt und für die dringend gebotene Abhilfe sorgt. In Kürze beginnen wieder die Urlaubsmonate. In dieser Zeit ist die Lage besonders schlimm, weil die Urlaubsgewährung den Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeit nahezu vollständig verhindert.

Nach Ansicht des **BSBD**-Vorsitzenden **Peter Brock** kann es so nicht mehr lange weitergehen. Im Strafvollzug muss der permanente Personalmangel endlich beendet werden. Nachdem die Politik gerade bei den Beamten 710 Millionen Euro als „Solidaritätsoffer“ zur Sanierung des NRW-Landeshaushalts „eingesammelt“ hat, sieht **Brock** die Landesregierung in der Pflicht, zumindest im erforderlichen Umfang Personal für ihre Pflichtaufgabe „Strafvollzug“ zur Verfügung zu stellen.

Noch während des laufenden Jahres ist mit der Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes NRW und des Sicherungsverwahrungsgesetzes NRW zu rechnen. Beide Gesetze, dies zeichnet sich bereits ab, werden zusätzliche Personalbindungen auslösen. **BSBD**-Landeschef **Peter Brock** erkennt an, dass in den zurückliegenden Jahren durchaus neue Stellen für den Vollzug geschaffen worden sind. Gleichzeitig macht er aber geltend, dass dieses Personal für die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben benötigt worden sei.

Wenn es politische Absicht ist, die Sicherheit der Allgemeinheit durch eine qualitative Verbesserung des Behandlungsvollzuges zu erhöhen – und darauf zielen die angesprochenen Gesetzesvorhaben ab –, dann muss die Landesregierung auch bereit sein, die erforderlichen sächlichen und personellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. **Peter Brock**: „Bei der Personalausstattung des Strafvollzuges ist es höchste Zeit zu handeln.“

Der **BSBD** NRW erwartet von der Landesregierung, dass gerade im Personalbereich für den Haushalt des kommenden Jahres ein politischer Schwerpunkt gesetzt wird. Die in den zurückliegenden Monaten zu beobachtenden Übergriffe von Gefangenen auf Bedienstete sind zu einem Teil auch Ergebnis einer nicht mehr auskömmlichen Personalpräsenz in den Vollzugseinrichtungen. Selbst ein sukzessiver Abbau des gegenwärtig vorhandenen Personalmangels wäre diskutabel, wenn nur erkennbar und nachhaltig daran gearbeitet würde, diese Mangelsituation mittelfristig zu beheben.

Die Sicherheit der Allgemeinheit durch die sichere Unterbringung von Straftätern und durch deren effektive Resozialisierung zu verbessern, **ist nicht zum Nulltarif zu haben**. Hierfür ist es zwingend erforderlich, dem Strafvollzug das benötigte hochqualifizierte Personal zur Verfügung zu stellen.



BSBD-Vorsitzender **Peter Brock** sieht die Landesregierung in der Verantwortung, durch die Bereitstellung des erforderlichen Personals auf das strukturelle Anwachsen der Mehrarbeitsstunden zu reagieren.

Heute schon gelacht?

Auf die richtige Antwort kommt es an!

Gerichtsverhandlung nach einem Autounfall. Der Anwalt des schuldigen Fahrers fragt den Kläger: „Ist es richtig, dass Sie nach dem Unfall meinem Mandanten gesagt haben, Sie seien nicht verletzt?“

„Natürlich habe ich das gesagt, aber dazu müssen Sie wissen, wie sich die Sache zugetragen hat: Also, ich reite mit meinem Pferd ruhig die Straße entlang. Da kommt das Auto angerast und wirft uns in den Graben. Das war vielleicht ein Durcheinander, das können Sie sich nicht vorstellen. Ich lag auf dem Rücken, die Beine in der Luft – und mein braves altes Pferd auch. Da steigt der Fahrer aus, kommt auf uns zu und sieht, dass mein Pferd sich ein Bein gebrochen hat. Darauf zieht er wortlos eine Pistole und erschießt es. Danach sieht er mich an und fragt: ‚Sind sie auch verletzt?‘“

Nun frage ich Sie, Herr Rechtsanwalt, was hätten Sie geantwortet?“

Gute Planung garantiert den Erfolg!

„Hohes Gericht“, erklärt der Verteidiger, „mein Mandant, den man der vorsätzlichen Brandstiftung beschuldigt, muss schon deshalb unschuldig sein, weil er an dem Tag, als sein Gehöft abbrannte, frühmorgens zwei Fässer Bier in sein Haus bringen ließ. Wer würde sich noch ...“

„Zwei Fässer Bier“, meint der Richter zweifelnd, „Angeklagter, sind Sie denn ein so großer Trinker?“

„Das nicht, Herr Richter“, erklärt der Angeklagte, „aber ich hab' mir halt gedacht, die Männer von der Feuerwehr haben bestimmt großen Durst!“

Mandantenauftrag

Der Anwalt resümiert: „Also, wenn ich Sie richtig verstehe, gnädige Frau, sollen wir dem Gericht tatsächlich beweisen, dass der Radfahrer, den Sie überfahren haben, mit 120 Stundenkilometern über die Kreuzung fuhr und dass die Katze, die über die Kreuzung lief, so groß war, dass sie Ihnen die Sicht nahm?“



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gewerkschaft Strafvollzug

Besuchen Sie und im Internet
www.bsbd-nrw.de